

Die nichtdeutschen Reden.

Im Abgeordnetenhaus ist heute ein ernstester nationaler Konflikt hervorgetreten, ein Konflikt, von dem man lebhaft wünschen muß, daß er friedlich beigelegt werde, wenn auch im Augenblick der Weg nicht sichtbar wird, auf dem es geschehen könnte. Der tschechische Minoritätsantrag, der bestimmt, daß „sämtliche Reden wortgetreu, wie sie vorgetragen wurden“, in das stenographische Protokoll aufzunehmen sind, ist nämlich zum Beschluß erhoben worden. Der Antrag war schon im Ausschuß nahe daran, beschlossen zu werden; nur ein Zufall hat es verhindert. Man hoffte nun, der Kampf abstimmung im Hause durch den klugen Vermittlungsvorschlag des Abgeordneten Seitz zu entgehen, der wohl das einsprachige stenographische Protokoll anerkennt, die nichtdeutschen Reden aber in einer deutschen Uebersetzung dem Protokoll anfügen will, und man konnte es hoffen, da für den Antrag Seitz der ganze Ausschuß gestimmt hatte. Mittlerweile hatte sich aber der slavische Block ernstlich formiert, und er hatte heute die Mehrheit. Es fehlten nämlich bei der entscheidenden Abstimmung nicht weniger als siebenundzwanzig deutschbürgerliche Abgeordnete, durchwegs Nationalverbändler und Christlich-soziale, und diese Nachlässigkeit verschob natürlich das ganze Kräfteverhältnis. Es war erst die zweite Sitzung des Hauses, die zweite nach mehr als drei Jahren Pause, eine wichtige Abstimmung war zu erwarten, und diese Selben finden es nicht einmal der Mühe wert, in die Sitzung zu kommen! Dann ist es kein Wunder, daß die Sache schief geht. Die deutschbürgerlichen Wähler hätten alle Ursache, unter ihren Vertretern fürchterliche Musterung zu halten.

Die Frage mit den nichtdeutschen Reden gehört zu den schwierigsten Problemen des österreichischen Parlamentarismus. Sie ist deshalb so schwierig, weil, genau betrachtet und unbefangen geurteilt, beide Seiten im Rechte sind. Daß ein Parlament, wenn es möglich sein soll, einer einheitlichen Verhandlungssprache, wenigstens in dem Umfange, wie sie im österreichischen Abgeordnetenhaus praktisch besteht, nicht entraten kann, ist wohl klar. Wenn es sich um zwei Sprachen handelte — es gibt viele Parlamente, wo in zwei Sprachen verhandelt wird —, stünde die Sache anders; aber es handelt sich um acht Sprachen, und da hört sich natürlich das gemeinsame Verhandeln auf. Nun wird das Recht, in der Muttersprache zu reden, nicht angetastet; aber da die Reden nicht ins Protokoll gelangen, so hat sich der Drang behaupten, in der Regel dennoch deutsch zu sprechen; die deutsche Sprache wurde tatsächlich als Verkehrs- und Verhandlungssprache erhalten. Nun sollen, nach dem heutigen Beschluß, alle nichtdeutschen Reden stenographiert und ins Protokoll in der Sprache eingetragen werden, in der sie gehalten wurden. Davon ganz abgesehen, daß das Protokoll dadurch ganz wertlos würde — denn wer versteht alle acht österreichischen Sprachen? — würde sich der Antriebe, in der Muttersprache zu reden, natürlich steigern, und allmählich müßte ein wirres Durcheinander entstehen, in dem sich niemand auskennen würde. Dagegen muß man es wieder verstehen, daß die nichtdeutschen Nationen in dem Parlament, das doch das Besitztum aller Völker ist, die volle Gleichberechtigung anstreben und daß es für jeden dieser Abgeordneten kein geringes Opfer ist, auf den natürlichen Ausdruck, den doch nur die Muttersprache bietet, zu verzichten und in seinem Parlament in einer fremden Sprache zu reden. Das ist doch immer ein Opfer, und man kann den deutschen Nationalisten den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich zu der objektiven Betrachtung nie aufgeschwungen haben, dieses Opfer zu würdigen, vielmehr geglaubt haben, daß sie den nichtdeutschen Nationen das Recht, in ihrer Muttersprache zu sprechen, noch bestreiten dürfen. Dadurch ist die Stimmung vergiftet worden, und es ist nur ein Beweis der kurzfristigen Taktik der Deutschbürgerlichen, daß sie sich auf der anderen Seite nicht einen Freund zu werben gewußt haben, es nun dahin gebracht haben, daß auch nicht ein nichtdeutscher Abgeordneter mit ihnen stimmt. So ist es gekommen, daß heute der Antrag durchgegangen ist, der schon unzähligmal gestellt wurde, ohne daß er jemals zu einer ernstesten Schwierigkeit gediehen wäre. Es ist vielleicht

das erstemal, daß sich das nationale Kräfteverhältnis, danach die Deutschen in Oesterreich nur eine Minderheit sind, im Parlament so scharf dargestellt hätte. Den Ausschlag haben natürlich die Polen gegeben, die der Frage, die die Tschechen immer heftig bewegt hat, bisher ganz teilnahmslos gegenübergestanden sind. Aber die Polen stehen nicht nur gegen die Regierung in ingrinniger Opposition, ihre heutige Abstimmung ist auch ein Beweis dafür, daß ihr ganzes Interesse an Oesterreich recht abgeschwächt ist und sie nirgends mehr danach fragen, was daraus werden wird.

Die Geschäftsordnungsreform ist bis auf diesen einen Streitpunkt in voller Eintracht beschlossen worden. Die allgemeine Entschlossenheit, die Reform, die die Obstruktion austrottet und das Haus saniert, zum gedeihlichen Ende zu führen, ist sicherlich keine geringe Sache. Denn bisher hingen alle Parteien an der Obstruktion, keine war bereit, diese letzte Waffe aus der Hand zu geben. An zwanzig Jahre währten die Versuche, die alte Ordnung zu verbessern, und alle sind bisher gescheitert. Wenn das Haus nun, in einem Zuge, eine so gründliche Reform bewältigt, ist das wahrlich ein Erweis seines Lebenswillens und ist wohl geeignet, die Hoffnungen auf die Lebensfähigkeit des Parlaments zu stärken. Es ist darum zu erwarten, daß auch aus der arg verfahrenen Situation ein Ausweg gefunden und eine Lösung herbeigeführt wird, die keine Vergewaltigung enthält und keine Verstimmungen zurückläßt.